
6145/J XXVIII. GP

Eingelangt am 22.05.2026

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Christian Hafenecker, MA
an den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus
betreffend **Österreichs LNG-Fiasko in Katar und anderen Golfstaaten sowie Gefährdung der nationalen Energieversorgung**

Durch den völlig irrationalen und volkswirtschaftlich massiv schädlichen Ausstieg aus russischen Energieträgern sowie das Mittragen sämtlicher Sanktionspakete der Europäischen Union gegen Russland, setzt die österreichische Bundesregierung seit dem Jahr 2022 in der Energieversorgung verstärkt auf Flüssiggas (LNG) aus der islamischen Autokratie Katar sowie auf Energiepartnerschaften mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. Ex-ÖVP-Bundeskanzler Karl Nehammer erklärte im März 2022 im Zuge von Gesprächen in Abu Dhabi und Doha, dass LNG aus Katar sowie grüner Wasserstoff aus den Emiraten „zentrale Bausteine zur Reduktion der Abhängigkeit von russischem Erdgas darstellen sollen“.¹

Im Zuge dieser Gespräche wurde unter anderem bekannt, dass die OMV auf Basis bestehender Abkommen Gespräche über LNG-Lieferungen mit Katar führt und dabei auch größere Liefermengen vorgesehen seien. Gleichzeitig wurde jedoch eingeräumt, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen – insbesondere LNG-Terminals und Transportkapazitäten – in Österreich und Europa erst geschaffen werden müssten.

Die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten stellen diese Strategie nun massiv infrage. Im Zuge der militärischen Eskalation rund um den Iran kam es zu gezielten Angriffen auf die LNG-Infrastruktur Katars, insbesondere auf Anlagen in Ras Laffan. Dabei wurden wesentliche Teile der Produktionskapazität zerstört. Berichten zufolge sind rund 17 Prozent der LNG-Exportkapazität Katars ausgefallen, was etwa 12,8 Millionen Tonnen LNG pro Jahr entspricht.² Die Reparatur dieser Anlagen wird voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Zusätzlich hat Katar aufgrund der Schäden und der unsicheren Sicherheitslage sogenannte „Force-Majeure“-Erklärungen für bestehende Lieferverträge abgegeben,

¹ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/03/bundeskanzler-nehammer-oesterreich-baut-auf-gruenen-wasserstoff-aus-den-emiraten-und-auf-fluessiggas-aus-katar.html> (aufgerufen am 04.05.2026)

² <https://www.scientificamerican.com/article/iran-attack-on-qatars-liquid-natural-gas-trains-has-global-energy/> (aufgerufen am 04.05.2026)

wodurch Lieferverpflichtungen gegenüber internationalen Abnehmern – insbesondere in Europa und Asien – vorübergehend ausgesetzt werden können.³

Darüber hinaus ist die Straße von Hormus, durch die ein erheblicher Teil des globalen LNG-Handels transportiert wird, derzeit faktisch blockiert, was zu weiteren Lieferausfällen und massiven Preissteigerungen auf den Energiemärkten führt.

Diese Entwicklungen bestätigen die von der FPÖ seit Jahren geäußerte Kritik, wonach der übereilte Ausstieg aus russischen Energielieferungen nicht zu mehr Versorgungssicherheit, sondern lediglich zu neuen geopolitischen Abhängigkeiten führt. Denn die geopolitisch brisante Lage in der neuen Abnehmerregion und das „Pulverfass“ Naher Osten im Allgemeinen hätte bei den energiepolitischen Überlegungen berücksichtigt werden müssen. Ganz abgesehen davon, dass sowohl die jetzige Verlierer-Ampelkoalition als auch die Vorgängerregierung zwischen ÖVP und Grünen kein Wort über die Sprengung der Nordstream-Pipelines und damit den größten Anschlag auf Europas Energieinfrastruktur seit dem zweiten Weltkrieg verlor, geschweige denn Aufklärung und Konsequenzen forderte, obwohl hier auch eine Milliarde Euro an österreichischem Staatsvermögen vernichtet wurde.

Die aktuelle Situation führt nun umso mehr zu einer massiven Energiepreiskrise, deren Kosten letztlich von der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft getragen werden müssen.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus nachstehende

Anfrage

1. Welche konkreten Verträge oder Absichtserklärungen bestehen zwischen österreichischen Unternehmen (insbesondere der OMV) bzw. der Republik Österreich und Katar im Bereich der Lieferung von LNG?
2. Welches Gesamtvolumen (in Kubikmetern bzw. Tonnen LNG) wurde im Rahmen dieser Verträge vereinbart?
3. Welchen finanziellen Umfang (in Euro) haben diese Verträge?
4. Welche weiteren LNG-Lieferabkommen bestehen mit anderen Staaten der Golfregion (insbesondere Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Oman)?
5. Wie hoch ist das jeweils vereinbarte Liefervolumen und der finanzielle Umfang dieser Verträge?
6. Wie viele LNG-Lieferungen aus Katar bzw. anderen Golfstaaten sind seit Abschluss der jeweiligen Vereinbarungen tatsächlich in Österreich angekommen?
7. In welchem Ausmaß (in absoluten Zahlen und Prozent) sind die vereinbarten LNG-Lieferungen aktuell ausgefallen oder gefährdet?
8. Welche konkreten Auswirkungen haben die iranischen Angriffe auf die LNG-Infrastruktur in Katar auf die Versorgung Österreichs?
9. Inwieweit ist Österreich direkt oder indirekt von den von Katar erklärten „Force-Majeure“-Maßnahmen betroffen?

³ <https://www.ndtv.com/world-news/iran-war-news-qatars-17-lng-exports-disrupted-in-iran-attacks-these-nations-impacted-11241053> (aufgerufen am 04.05.2026)

10. Welche Vertragsklauseln bestehen hinsichtlich Haftung und Schadenersatz im Falle von Lieferausfällen?
11. Wer haftet konkret für die ausbleibenden LNG-Lieferungen – die Lieferstaaten, beteiligte Unternehmen oder die öffentliche Hand?
12. Welche finanziellen Schäden sind der OMV bzw. der Republik Österreich durch die bisherigen Lieferausfälle entstanden?
13. Welche Mehrkosten entstehen Österreich durch die notwendigen Ersatzbeschaffungen auf den internationalen Energiemärkten?
14. Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung, um die ausgefallenen LNG-Mengen kurzfristig zu substituieren?
15. Ist geplant, verstärkt auf andere LNG-Lieferanten (z. B. USA, Afrika) auszuweichen?
 - a. Wenn ja, in welchem Umfang?
16. Gibt es Überlegungen, den Ausstieg aus russischen Energielieferungen angesichts der aktuellen geopolitischen Lage zu überdenken?
17. Werden die Energiepartnerschaften mit Staaten der Golfregion vor dem Hintergrund der aktuellen militärischen Eskalation evaluiert?
18. Welche konkreten Schritte wurden gesetzt, um die Resilienz der österreichischen Energieversorgung gegenüber geopolitischen Krisen zu erhöhen?
19. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die zu erwartenden Preissteigerungen für Gas und Energie in Österreich infolge der aktuellen Entwicklungen ein?
20. Welche Maßnahmen sind geplant, um Haushalte und Unternehmen vor einer weiteren Energiepreisexplosion zu schützen?
21. In welchem Zeitrahmen rechnet die Bundesregierung mit einer Normalisierung der LNG-Lieferketten aus dem Nahen Osten?
22. Welche Auswirkungen haben die aktuellen Entwicklungen auf die geplanten Investitionen in LNG-Infrastruktur in Österreich und Europa?